

Wir müssen miteinander reden – Eine Antwort aus NRW

„Das forum demokratischer sozialismus (fds) bringt sich in die innerparteilichen Debatten zur programmatischen und strategischen Ausrichtung unserer Partei die LINKE ein. Als Zusammenschluss im Sinne der Satzung wollen wir deren inhaltliche Entwicklung voranbringen und das Profil als sozialistische Bürgerrechtspartei schärfen.“

Mit der Einladung zum Bundestreffen des fds legen Luise und Stefan eine schonungslose und selbstkritische Analyse der Situation des fds vor. Sie benennen dabei ausgehend von der Niederlage unseres Kandidaten für das Amt des Stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Dominic Heilig, fünf Schwerpunkte an denen sich die Probleme des fds festmachen ließen:

- 1. Erhaltung und Bewahrung des inhaltlichen, kulturellen und organisatorischen Erbes der PDS innerhalb der LINKEN;*
- 2. Unterbreitung inhaltlicher Diskussionsangebote in die Partei und deren Ablehnung allein, weil sie aus dem fds kämen;*
- 3. Einbindung reformorientierter Mitglieder der LINKEN;*
- 4. Mangelnde Erfolge bei der Kandidatur von fds-Mitgliedern für Spitzenämter der Partei und*
- 5. Schwindender Einfluss der Reformkräfte und des fds in den Apparaten von Partei und Fraktion.*

Das fds ist offenbar derzeit inhaltlich wie personell nicht attraktiv genug, um Mehrheiten aus sich selbst heraus zu organisieren und zu gewinnen. Das hindert uns aber nicht daran, weiter solche Angebote zu unterbreiten. Wir warnen davor, bei jeder inhaltlichen wie personellen „Niederlage“ die „Gretchenfrage“ neu zu stellen. Wer Positionen vertritt kann nicht automatisch erwarten, für diese Mehrheiten zu bekommen, wer kandidiert, kann Wahlen auch verlieren. An solchen Niederlagen dürfen wir die Frage, ob es eine reformpolitische Strömung innerhalb der LINKEN braucht, nicht festmachen.

Es scheint uns sinnvoll zu reflektieren, wie und warum das fds entstand. Dabei ist uns auch wichtig, darauf hinzuweisen, dass der Ursprung der Gründung des fds bereits in der PDS lag. Im Ergebnis der Niederlage der Reformkräfte auf dem Geraer Parteitag Ende 2002 entstanden das Forum Zweite Erneuerung und das Netzwerk Reformlinke, aus denen sich in der LINKEN dann später das „forum demokratischer sozialismus“ (fds) entwickelte.

Für uns als Reformlinke im Westen ist es deshalb zu kurz gegriffen, das fds allein auf eine vermeintliche Tradition der Reformlinken in der PDS zu beschränken. Hier liegt für uns ein großes Problem des fds. Denn das politische Koordinatensystem der DIE LINKE ist nicht mehr jenes der damaligen PDS. Natürlich ist es notwendig, das inhaltliche, kulturelle und organisatorische Erbe der PDS innerhalb der LINKEN zu bewahren. Gelingen wird das aber nur, wenn wir diesem Erbe die Erfahrungen seit Gründung der LINKEN hinzufügen. Viele Mitglieder des fds kommen nicht aus der Tradition der PDS, ihnen geht es um die Entwicklung einer starken Reformlinken innerhalb der LINKEN die die politische und kulturelle Leerstelle zwischen der Zuspitzung gewerkschaftlicher Forderungen und einer Fixierung auf soziale Bewegungen füllt. Hierfür muss das fds ein reformpolitisches Profil

erlangen, das über die Erfahrungen der PDS hinaus geht und damit auch attraktiv für Menschen ist, die nicht aus dieser Tradition kommen.

Doch wenn die eigene politische Position häufig nur noch mit prinzipienloser Regierungsbeteiligung, ausschließlich und leichtfertiger militärischer Konfliktlösung sowie der willfährigen Durchsetzung parlamentarischer und gesellschaftlicher Sachzwänge verbunden wird, leidet durchaus die politische Ausstrahlungskraft in die eigene Partei. Ausdruck dessen ist die Zuschreibung als „Parteirechte“. Ohne Zweifel, in einer Partei mit Namen „DIE LINKE“ sollen jene, denen das Logo „Rechte“ zugeschrieben wird, außerhalb des Sagbarkeitsfeldes in der Partei gestellt werden. Von interessierten Presseorganen und Parteiakteuren wird diese Fremdzuschreibung sehr gepflegt, geht sie doch mit der Selbstzuschreibung als „Parteilinke“ und damit als authentischere Genoss/innen einher. Dass damit jene interessierten Kreise einer argumentativen und damit potentiell das Selbstbild in Frage stellenden Auseinandersetzung aus dem Weg gehen, ist ein sicherlich gewünschter Nebeneffekt. Was tun? Wir plädieren dafür, diese Fremdzuschreibung als das zu bezeichnen was sie ist: Denunziation. Dagegen hilft nur der selbstbewusste Verweis auf die eigenen Positionen und die offensive inhaltliche Auseinandersetzung.

Wir sehen ausreichenden strategischen und inhaltlichen Raum für eine reformorientierte Strömung in der Partei DIE LINKE. Die Herausforderungen sind klar formuliert: DIE LINKE muss wieder auf Wachstumskurs gebracht werden und zu einer Partei werden, die die gesellschaftliche Verhältnisse nicht nur diskursiv sondern real ändert. Der Gebrauchswert der Partei zeigt sich im Alltag. In einer Politik, die die konkreten Probleme der Menschen vor Ort bearbeitet und löst und dabei einen Weg aus der kapitalistischen Gesellschaft hinausweist und dazu einlädt, diesen mitzugehen.

Dies wird nur dann möglich sein, wenn es in den nächsten Jahren gelingt im Westen der Republik eine stabile und von verschiedenen gesellschaftlichen Milieus und Bevölkerungsgruppen getragene Partei aufzubauen. Im Osten wird es die Herausforderung sein, die Partei für jüngere Menschen attraktiver zu machen und noch mehr Menschen in die praktische Parteiarbeit einzubinden.

Die Partei braucht das fds. Sie braucht eine Strömung, die sich gezielt der nicht bewegungsorientierte Zivilgesellschaft und Linken in anderen Parteien zuwendet, eine offensive Diskussion über gesellschaftliche und parlamentarische Veränderungsmehrheiten führt und linkstheoretische Konzepte für Reformpolitik nutzbar macht.

DIE LINKE muss mit mehr identifiziert werden, als mit einer Partei der Gewerkschaften oder Partei der Sozialen Bewegungen. Weder ist es für die Erringung gesellschaftlicher Mehrheiten alleine erfolgversprechend die Programme der Gewerkschaften zuzuspitzen noch darf DIE LINKE ihre Themensetzung von der Konjunkturentwicklung einer (gesellschaftlich marginalisierten) außerparlamentarischen Linken abhängig machen. Wir brauchen ein Angebot für die nichtbewegungsorientierte Zivilgesellschaft. Das fds muss in der DIE LINKE für eine Gesellschaft streiten, die die soziale und kulturelle Freiheit des Einzelnen ermöglicht. Wir brauchen ein klares politisches Angebot für jene Bürgerinnen und Bürger, die sich für Datenschutz und Bürgerrechte einsetzen, jene, die ihre Geschlechterrollen und ihre Sexualität frei wählen wollen und für jene, die kulturelle Freiheit als Bereicherung empfinden und deren Heimat nicht die Nation, sondern die Welt ist. All jene, die sich ihre Individualität und Lebenswege nicht von gesellschaftlichen Normen vorschreiben lassen wollen, müssen in der DIE LINKE ein politisches Zuhause finden können. Wir formulieren im Wissen um die vielfältige und durchaus widersprüchliche Geschichte der Linken eine Vision von einer

individuellen Freiheit im Sozialismus.

Unseres Erachtens ist es im tiefsten Interesse der Partei die Diskussion über die einzige sich der DIE LINKE auf mittlere und lange Sicht bietenden parlamentarischen Machtoption, nämlich eine Koalition mit SPD und Grünen, zu führen. Die Partei muss sich auf allen Ebenen über die Voraussetzungen, Bedingungen und Ziele einer solchen Koalition klar werden, um selbstbewusst entscheiden zu können, ob und wann sie eine solche Koalition eingeht. Andernfalls wird die Partei bei Bedarf von interessierten Machtzirkeln in Bundestagsfraktion und Parteivorstand am politischen Nasenring in eine solche Koalition auf Bundesebene geführt werden. Mauern, die hochgerissen werden, um einer solchen Machtoption scheinbar eine klare Absage zu erteilen, sind ebenso schnell wieder von denen eingerissen, die sie vorher mit großem Getöse aufgebaut haben, wenn es in ihr politisches und biografisches Konzept passt. Die Parteiengeschichte ist voll von derartigen Beispielen. Und wer in der praktischen Regierungsarbeit nicht immer wieder bei sozialdemokratischer Reformpolitik stehen bleiben will, muss auch darüber reden, wie Einzelinteressen von Umweltverbänden, Gewerkschaften, Erwerbslosenverbänden, Bürgerrechtsorganisationen etc. zu einer gesamtgesellschaftlichen Veränderungsmehrheit zusammengeführt werden können. Veränderung beginnt vor Ort, aber darf dort nicht stehen bleiben. Konzepte hierfür können nicht allein auf Kongressen und in Diskussionszirkeln entwickelt werden sondern müssen sich im konkreten politischen Handeln des Alltags bewähren. Es ist die besondere Verantwortung des fds diesen Diskussionsprozess in der Partei zu führen und einzufordern.

Wir sehen es keineswegs so, dass die inhaltlichen Positionsfindungen in der DIE LINKE mit der Beschlussfassung über das Parteiprogramm beendet sind. Die derzeitigen Positionen der DIE LINKE liegen entweder nahe bei Konzepten aus dem gewerkschaftlichen Umfeld oder in Forderungen und Schlagworten, die ihre konzeptionelle Diffusität mit möglichst vielen Ausrufezeichen kompensieren wollen. Wir plädieren dafür, dass das fds künftig verstärkt linkstheoretische Diskussionen für praktische Reformpolitik nutzbar macht. Wie können nicht nur Teilhabe sondern tatsächliche Selbstbestimmung in dieser Gesellschaft durch soziale Rechte in der Kommune durchgesetzt werden? Wie kann monopolistisches Eigentum in konkrete kollektiv Nutzbarmachung, z.B. durch Genossenschaften, überführt werden? Wie kann eine Gestaltung von Gemeingütern (Commons) in der Kommune gestaltet werden und welche gesetzlichen Rahmenbedingungen müssen dafür verändert werden? Welche Aufgaben stellen sich einer linken Bürgerrechtspolitik angesichts der europäischen Vereinigung nach innen und gleichzeitigen Abschottung Europas nach außen? Das fds streitet dafür, dass solche Debatten ihren Weg aus linken Zeitungsprojekten hinaus finden und zu den Diskussionen im Stadtteil, der Bürgerinitiative, dem Ratsausschuss, dem Parlament und der Kleingartensiedlung gehören.

Wir wünschen uns ein fds, dass sich auch künftig als Strömung versteht. Eine Strömung ist aber kein „think tank“ und auch kein „Personennetzwerk“. Unser Anspruch verbindet den Versuch, inhaltliche Positionen aus reformpolitischer Sicht mehrheitsfähig zu machen mit dem Bemühen, solche Positionen auch personell zu untersetzen.

Für uns macht eine Strömung nur Sinn, die diskurs- und dialogfähig ist. Wenn es uns darum geht, reformpolitische Positionen in der LINKEN mehrheitsfähig zu machen, dann gehört dazu auch die Debatte und Diskussionen mit Menschen in der Partei, die nicht dem fds angehören. Das fds ist nicht in der Pflicht und hat auch nicht die Funktion, das Zentrum in der Partei zu organisieren aber wir streiten dafür, die Entstehung eines solchen Zentrums zu befördern. Wir halten viel davon, auch in der Lage zu sein, gemeinsam mit anderen in der

Partei Politik zu entwickeln und zu gestalten.

Eine wesentliche Funktion des fds besteht aus unserer Sicht darin, immer und entschieden für den Pluralismus in der Partei und für einen kultur- und respektvollen Umgang miteinander zu streiten. Wenn uns im Umgang untereinander oder mit anderen in der Partei nichts mehr von denen unterscheidet, denen wir immer wieder vorwerfen, dass für sie Pluralismus nur auf dem Papier steht, dann sind wir als fds in der Tat überflüssig.

Zur Diskussion über die Zukunft des fds zählen auch organisatorische Fragen:

Wie organisieren wir künftig das Miteinander im fds?

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit wären unsere Ideen:

1. Wir plädieren dafür, weiter möglichst **flache Hierarchien** zu haben. Überlegen müssen wir, wie wir unsere Kommunikation verbessern.
2. Die **Schriftenreihe** sollten wir unbedingt fortsetzen und als Debatten organisieren. Das fds hat etwas zu sagen, wir müssen unsere eigene Sprachlosigkeit überwinden.
3. Wir werben dafür die **fds-Akademie** inhaltlich und organisatorisch an den vorgenannten Strategiefeldern auszurichten. Die fds-Akademien müssen für unsere Politik umsetzbare Konzepte und Methoden zum Ergebnis haben.
4. Wieder beleben sollten wir den **Newsletter**! Er fehlt uns!

Zuguterletzt: Luise und Stefan vermissen Gesichter, die sich zum fds bekennen. Lange haben wir uns selbst als die freundliche Strömung verstanden. Es scheint, als haben wir ein wenig die Freundlichkeit verloren, auch untereinander. Wenn wir die zurückgewinnen, ist das auch wieder attraktiv für Menschen, die dann sagen: Ich bin im fds und das ist super!

Dirk Hansen (Gewerkschaftssekretär), Köln und Torsten Löser (Fraktionsgeschäftsführer), Köln